

Liebe Leserinnen und Leser,

hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 21.9.2017.

Der Antrag von BÜ 90, den Tagesordnungspunkt „Bereitstellung von überplanmäßigen Mitteln für das Projekt Grand Départ“ abzusetzen, um dem Oberbürgermeister Gelegenheit zu geben, in den Fraktionen für eine breite Mehrheit zu werben, wurde mit den Stimmen von FDP, CDU, Linken, Grünen gegen einige CDU-Stimmen und SPD beschlossen. Die Verwaltung wies darauf hin, dass einige Rechnungen schon länger fällig sind.

Der Antrag der Linken, die Restanten vorzuziehen, fand keine Mehrheit.

Der Antrag des Piraten, die Vorlage „Beantragung von Fördermitteln für den Breitbandausbau“ in der Tagesordnung vorzuziehen, erledigte sich dadurch, dass der Pirat einen Änderungsantrag gestellt. Deshalb gibt es eine Diskussion, so dass die Vorlage nicht im „Schnelllauf“ (unstrittige Tagesordnungspunkte, die ohne Diskussion abgestimmt werden) behandelt werden konnte.

Auf Nachfrage, warum es keine Vorlage zur Regiofahrbetriebsgesellschaft gibt, erläuterte die Verwaltung, dass eine Beschlussvorlage in Vorbereitung ist, der ggf. notwendige Finanzbedarf wird in den Haushalt eingebracht.

Der Änderungsantrag „Mädchenfußball“ zum Beschluss eines Zuschusses für den Ausbau des Fußballnachwuchszentrums aus der letzten Sitzung hat sich durch einen inzwischen im Sportausschuss beschlossenen interfraktionellen Antrag erledigt.

Aktuelle Anfragen

Aufgrund einer Anfrage der CDU zum Eingriff in die Autonomie des Integrationsrats teilte die Verwaltung mit, dass der Integrationsrat am 15.9.2015 beschlossen hat, dass die Akteure aus Kulturvereinen jährlich zu einem festlichen Empfang eingeladen werden und der Integrationsrat sich an den Kosten beteiligt. Dieser interkulturelle Jahresempfang wurde im Rathaus als Wertschätzung der Akteure mit Migrationshintergrund ausgerichtet. Die Verwaltung geht davon aus, dass die Beschlüsse den Mitgliedern bekannt sind. Die Umsetzung von Beschlüssen stellt keinen Eingriff in die Autonomie des Integrationsrates dar.

Anfragen

Aufgrund einer Anfrage der FDP teilte die Verwaltung mit, dass die Sichtwände an der Baustelle Kö-Bogen II dem Schutz der Baustelle dienen. Sichtfenster ermöglichen eine Sicht in die Baustelle. Die Bauzäune werden durch den Investor zu Werbezwecken genutzt. Die Stadt erhält eine Nutzungsgebühr und kann bei Veranstaltungen für eigene Zwecke diese Sichtwände in vertraglich festgelegtem Umfang nutzen.

Aufgrund einer Anfrage von BÜ 90 teilte die Verwaltung mit, dass die öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Deutschen Bahn in Bezug auf den RRX in interner Abstimmung ist. Die Kleine Kommission RRX erhält den Textvorschlag, bevor dieser in die Verhandlungen mit der DB eingebracht wird. Bis zur Offenlage der Planfeststellungsunterlagen soll die Vereinbarung geschlossen sein, damit sie Bestandteil des Planfeststellungsverfahrens wird. Die Stadt fordert, dass alle technischen und fachlichen Maßnahmen zum Erhalt der 71 Bäume in der Gustav-Poensgen-Straße und Arminstraße ergriffen werden. Bei unvermeidbaren Eingriffen muss nachweisbar sein, dass zuvor alle Alternativen geprüft wurden. Der Geräteinsatz soll im Planfeststellungsverfahren verankert werden. Sofern die gutachterlich ermittelte Belichtung der unteren Wohnungen nicht ausreichend ist, werden ggf. transparente Wände errichtet. Sollten Stützen erforderlich sein, werden sie mittig zwischen den Bäumen errichtet. Ggf. können Lärmschutzwände teilweise auf Bahngelände errichtet werden.

Aufgrund einer Anfrage des Ratsherrn Maniera teilte die Verwaltung mit, dass Anträge für die Bezuschussung kultureller Veranstaltungen im Kulturausschuss nach Vorberatung in entsprechenden Fachgremien entschieden werden. Meistens sind die Antragsteller durch vorausgegangene Projekte bekannt. Der Veranstalter von „Rock gegen Rechts“ wird nicht durch den Verfassungsschutz überwacht. Im Zakk fanden in 2016 rd. 800 Veranstaltungen mit 150.000 Besuchern und Besucherinnen statt.

Aufgrund einer Anfrage der CDU teilte die Verwaltung mit, dass die Leitungen der Ordnungsämter sowie die Außendienste in Arbeitskreisen in NRW vernetzt sind. Unabhängig von den regelmäßigen Treffen findet ein regelmäßiger Austausch über Stadt übergreifende Themen statt. Der Kreis Kleve, in dessen Bereich die Stadt Kevelaer liegt, aus der die irischen Landfahrer kamen, ist in den Arbeitskreisen nicht vertreten. Die Gruppe der Landfahrer trat erstmalig in dieser Stärke in NRW auf. Auch die Polizei hatte keine Kenntnis über die Wanderungswege. Priorität hat die Beseitigung der Ordnungsstörung. Die Ahndung ist nachrangig.

Aufgrund einer Anfrage des Piraten teilte die Verwaltung mit, dass die Stadt ein eigenes Telekommunikationsnetz in einer Länge von 90 km hat, dessen freie Kapazitäten gegen 0,45 ct je Meter von Unternehmen genutzt werden.

Einbringung des Haushalts

Oberbürgermeister Thomas Geisel und Stadtkämmerin Dorothee Schneider brachten den Haushaltsentwurf 2018 ein. Der Haushalt schließt mit einer Unterdeckung von 31 Mio Euro aus. Dieser Betrag entspricht dem Aufwand für weitere Pensionsrückstellungen. Berücksichtigt ist eine globale Minderausgabe in Höhe von 88 Mio Euro, die durch einzelne Maßnahmen – Ausgabenkürzungen und Ertragssteigerungen - im Laufe der Haushaltsberatungen nachgewiesen werden soll. Dorothee Schneider wies darauf hin, dass in den letzten acht Jahren die Ausgleichsrücklage um 570 Mio Euro geschrumpft ist. Durch den Bilanzgewinn aus der Übertragung des Stadtentwässerungsbetriebes werden die Ausgleichsrücklage wieder aufgefüllt und die bilanzielle Unterdeckung aufzufangen.

In den Focus seiner Rede stellte der Oberbürgermeister die Investitionen in die Schulen (700 Mio Euro bis 2023), den öffentlich geförderten Wohnungsbau (73 Mio Euro Mittelvormerkungen), den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur (Fahrradinfrastruktur, U81, smart-mobility), die Kulturbauten (Verlegung der Zentralbücherei in das Gebäude Konrad-Adenauer-Platz 1, Neugestaltung Gustav-Gründgens-Platz und Sanierung Schauspielhaus) und die Sauberkeit des öffentlichen Raumes (Umbau von 30 oberirdischen Container-Standorten als mehrjähriges Programm, verbesserte Mängelmelder-App, Grundreinigung im Frühjahr). Er mahnte, bei der Subventionierung von kommunalen Angeboten darauf zu achten, dass hierdurch tatsächlich die Teilhabe und der Zusammenhalt der Stadtgesellschaft gestärkt werden.

Die beiden Reden sowie die Eckdaten des Haushalts sind auf der Internetseite der Stadt zu finden:

<https://www.duesseldorf.de/aktuelles/news/detailansicht/newsdetail/etat-2018-haushalt-der-landeshauptstadt-duesseldorf-sieht-volumen-von-28-milliarden-euro-vor.html>

Kleine Kommission Kö-Bogen

Die Verwaltung berichtete, dass die Arbeiten am Corneliusplatz Anfang Oktober fertiggestellt werden, an der Tuchtinsel werden die Pflasterarbeiten ausgeführt, der Pavillon am Martin-Luther-Platz wird im Spätherbst fertiggestellt. Weiteres Thema war die gestalterische Weiterentwicklung im Umfeld des Kö-Bogens. Das Oberlicht am U-Bahnhof Schadowstraße muss abgesenkt werden. Deshalb wurde beraten, wie die Glassituation ebenerdig eingebunden werden kann. Eine Lösung für die durch Vogel-

Die kot verunreinigte Fußgängerbrücke an der Landskrone wurde beraten. Hinsichtlich des technischen Gebäudes am Kö-Bogen, in dem der Zutritt für Tunnel, Verkehrsrechner und Kühlung untergebracht ist, wurde dahingehend eine Lösung gefunden, dass nunmehr die Einzelkomponenten untergebracht werden sollen, wie z.B. in Sitzbänken oder in kleinen Gebäuden mit 2 mal 2 Meter Grundfläche und unter 3 Meter Höhe mit einer bespiegelten Außenhülle. Die Kosten sollen in der nächsten Sitzung bekannt gegeben werden. Die Vergabe für die Arbeiten zur Offenlegung der Düssel ist erfolgt, die Fertigstellung mit drei Fußgängerbrücken erfolgt bis Ende 2018.

Kleine Kommission RRX

Die Verwaltung berichtete, dass im August die Stellungnahme zum Planfeststellungsbeschluss für den Abschnitt Reisholz-Wehrhahn zugestellt wurde, um die Frist zu wahren, ausdrücklich unter Vorbehalt der Beratungen der Politik. Es ging u.a. um die Handlungsmöglichkeiten zur Erhaltung des Baumbestandes und die stadtverträgliche Gestaltung des Lärmschutzes. Derzeit laufen die Beratungen in den Gremien. Die BV 8 hat empfohlen, Reinigung und Instandhaltung des Bahnhofes Eller-Süd und der Lärmschutzwände in den Blick zu nehmen und Graffiti-schutzanstriche aufzubringen. Die BV 3 hat ergänzende redaktionelle Anmerkungen empfohlen.

Zum runden Tisch Lärmschutz Angermund führte die Verwaltung aus, dass die Prüfaufträge gemäß Ratsbeschluss bis Ende Oktober ausgewertet und dann der BV 5 vorgestellt werden. Die Bürgerinitiative hat beim Verwaltungsgericht Klage auf Akteneinsicht eingereicht. Die Stellungnahme der Verwaltung ist in Arbeit.

Bericht aus der Haushaltszukunftscommission

Die Kommission wurde Anfang 2017 eingerichtet und soll ein mehrjähriges Konzept für einen strukturell ausgeglichenen Haushalt erarbeiten. Markus Raub wurde als Vorsitzender, Manfred Neuenhaus als Stellvertreter gewählt. Es wurden Prüfaufträge erteilt. Arbeitsergebnisse sollen in der nächsten Sitzung am 26.9. präsentiert werden. Es wurde Vertraulichkeit vereinbart, um eine tabufreie Debatte zu ermöglichen. Die Veröffentlichung von Ergebnissen wird in der Kommission abgestimmt.

Kleine Kommission Grand Départ Düsseldorf 2017

Der Oberbürgermeister berichtete, dass 1,2 Mio Zuschauer den Grand Départ und die 2. Etappe besuchten. Die Ausgaben für den Grand Départ und die Veranstaltungen im Vorfeld belaufen sich auf 15,8 Mio Euro, die Einnahmen auf 8 Mio. Beim Ratsbeschluss vom 5.11.2015 waren die Aufwendungen mit 11,1 Mio veranschlagt, die Einnahmen mit 3 Mio Euro. In der Sitzung der Kommission wurde ein Abschlussbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte aufgrund der Befragung von 1000 Besuchern präsentiert. Danach wurden am 1.7. je Besucher 54 Euro für Shopping und an beiden Tagen jeweils 27 Euro für Verpflegung ausgegeben. Bei einem ökonomischen Effekt von 63,8 Mio Euro errechnen sich 1,4 Mio Steuermehreinnahmen. Auswertungen von Trivago zeigen, dass das Interesse von Touristen aus Deutschland, Österreich, Frankreich, Belgien, Spanien, Japan, USA deutlich gestiegen ist. Ein runder Tisch evaluiert derzeit die gut angenommenen Side-Events, im November wird ein Bürgerforum „Radverkehr“, im Frühjahr ein Fahrradgipfel stattfinden. Auch die Veranstaltungen für Kinder (Petit Départ, Special Petit Départ) sollen fortgesetzt werden.

Verwaltungsvorlagen

Gemäß Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses entlastete der Rat einstimmig den Oberbürgermeister in Bezug auf den **Jahresabschluss zum 31.12.2015** und beschloss, den Fehlbetrag in Höhe von 62,6 Mio Euro aus der Ausgleichsrücklage zu entnehmen, die sich dadurch auf 102 Mio Euro reduziert. Zusätzlich nahm er drei Ermächtigungsübertragungen im Gesamtvolumen von 0,3 Mio Euro zur Kenntnis.

Der Rat stimmte dem Partizipationsbericht des Jugendamtes zu und beauftragte die Verwaltung mit der Umsetzung. Es werden zwei zusätzliche Stellen geschaffen, eine im Jugendinformationszentrum zeTT und eine beim Jugendring. Im zeTT soll eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe zum Thema Beteiligung koordiniert werden, die als Schaltstelle für konkrete Beteiligungsprozesse der Ämter und Bezirksvertretungen dient. Sie soll eine Fortbildungsreihe „Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in kommunalen Planungsprozessen“ entwickeln. Die Stelle „Jugend checkt Düsseldorf“ beim Jugendring soll pro Jahr drei Bezirkschecks, drei Jugendforen und ab dem 2. Jahr drei ReChecks durchführen und Partizipationsmanager ausbilden.

Der Rat stimmte vorbehaltlich der Genehmigungen durch die Kommunalaufsicht und durch das Finanzamt der **Auflösung der unselbständigen Treuhandstiftung „Stiftung Begabtenförderung Düsseldorf“** sowie der Überführung des Stiftungsvermögens in die neu zu errichtende selbständige Teilverbrauchsstiftung „Stiftung Haus der Talente Düsseldorf“ zu. Zusammen mit Herrn Udo van Meeteren wird die „Stiftung Haus der Talente Düsseldorf“ als zukünftige Trägerin des Competence Centers Begabtenförderung. In einem Vertrag mit der Stiftung soll die Übernahme der bisher durch das Competence Center Begabtenförderung wahrgenommenen Aufgaben durch die Stiftung sowie die Zuschussfinanzierung der Stiftung durch die Stadt geregelt werden. Die Beschlüsse stehen unter dem Vorbehalt der Anerkennung durch die Bezirksregierung und die Zustimmung des Personalrats.

Die Verwaltung informierte, dass ab 1.11. ein **zentrales Fördermittelmanagement** eingerichtet wird, und zwar zunächst als Organisationseinheit im Büro 01 im Referat für Internationale und Europäische Angelegenheiten (01/17). Ziel ist, die städtisch genutzten Fördermittel von Land, Bund und EU signifikant zu erhöhen.

Der Rat nahm mit Dank die **Schenkung** des Düsseldorfer Sammlers Wolfgang Hanck zu Gunsten des Hetjens – Deutsches Keramikmuseum an. Insgesamt umfasst die Sammlung 65 herausragende antike und präkolumbische Keramikobjekte sowie eine zeitgenössische keramische Plastik des Künstlers Johan Tahon. Die Objekte stellen eine bedeutsame Bereicherung der Antikensammlung und der Sammlung südamerikanischer Keramik dar.

Der Rat beauftragte einstimmig den Oberbürgermeister mit dem Ruhrverband Essen eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Durchführung der **Beihilfesachbearbeitung** zu schließen. Der Ruhrverband Essen beabsichtigt, die bisher eigenständige Bearbeitung für seinen beihilfeberechtigten Personenkreis gem. § 91 Abs. 1 Landesbeamtengesetz NRW dem Competence Center Beihilfe der Landeshauptstadt Düsseldorf im Rahmen der interkommunalen Kooperation zu übertragen. Aufgrund des erwarteten Antragsvolumen ist eine Personalkapazität von voraussichtlich 0,75 VZÄ (mD. max. A9) erforderlich. Die zusätzlichen Personal- und Sachkosten sind durch die vereinbarten Serviceentgelte und den Ersatz der Auslagen gedeckt.

Der Rat beschloss gegen den Piraten den Beitritt der Landeshauptstadt Düsseldorf zur **d-NRW AÖR** rückwirkend zum 1. Januar 2017. Dies ist die Rechtsnachfolgerin der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG und der d-NRW Besitz-GmbH Verwaltungsgesellschaft, die die interkommunale und die kommunal-staatliche Kooperation der Verwaltungsebenen in Nordrhein-Westfalen durch den gezielten Einsatz von E-Government fördern, ausweiten und in Zukunftsfeldern erproben sollte. Die neue Gesellschaftsform soll die Zusammenarbeit von Land und Kommunen im Bereich des EGovernment zukunftsfähig machen. Gemeinsame Träger sind das Land NRW sowie die Gemeinden, Kreise und Landschaftsverbände des Landes NRW, die der Anstalt beitreten. Die Anstalt unterstützt ihre Träger bei der Entwicklung und Umsetzung passgenauer

Lösungen zur Bewältigung der durch den digitalen Wandel entstehenden Herausforderungen. Die Mitträger der d-NRW AÖR bringen sich gemeinsam mit dem Land NRW in die weitere Entwicklung des kommunal-staatlichen E-Government in NRW ein und haben die Möglichkeit, zukunftsweisende IT-Lösungen gemeinsam zu entwickeln und zu betreiben. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf Projekten, die in den Verwaltungsprozessen eine einheitliche, gemeinschaftliche Umsetzung durch Land und Kommunen erfordern.

Der Rat beschloss einstimmig, sich an der internationalen Kampagne „**Cities for Life**“ zu beteiligen und sich dadurch für die Abschaffung der Todesstrafe einzusetzen. Zur Unterstützung der Initiative sind Aktionen wie die Etablierung des 30. Novembers als jährlichen Aktionstag gegen die Todesstrafe, Auswahl eines geeigneten Gebäudes oder Denkmals, welches als „lebendiges Logo“ der Kampagne jeweils zum Aktionstag speziell beleuchtet wird, Einbeziehung von Bildungseinrichtungen, Vereinen und Initiativen zur Organisation von begleitenden Veranstaltungen zur Abschaffung der Todesstrafe denkbar.

Der Rat beauftragte die Verwaltung entsprechend der „Richtlinie Förderung zur Unterstützung des **Breitbandausbaus** in der Bundesrepublik Deutschland“ und der „Richtlinie des Landes Nordrhein-Westfalen zur Kofinanzierung des Bundesprogramms“ einen Antrag auf Förderung zu stellen. Der Eigenanteil von bis zu 1,5 Mio. EUR wird hälftig in den Jahren 2019 und 2020 aus laufenden Haushaltsmitteln bereitgestellt und bei der Haushaltsplanaufstellung im Jahr 2018 für 2019ff entsprechend berücksichtigt. Darüber hinaus wird ein weiterer Förderantrag mit einem Volumen von 150.000,- EUR für die Koordination des Breitbandausbaus gegenüber dem Land gestellt. Nach Bewilligung wird hierüber die Stelle eines Breitbandkoordinators für max. drei Jahre finanziert, die befristet extern ausgeschrieben wird. Ziel ist der Glasfaserausbau insbesondere in unterversorgten Gewerbegebieten, in denen in den nächsten drei Jahren kein marktgetriebener Ausbau erfolgt. Voraussichtlich sind 980 Adressen in Gewerbegebieten einschl. Schulstandorten förderfähig.

Der Rat beschloss einstimmig den Antrag des Seniorenrats, für den Südfriedhof ein **Friedhofsmobil** anzuschaffen.

Mit den Stimmen von CDU, FDP, BÜ 90, 1 Linker (Enthaltung 2 Linke) hat der Rat die Genehmigung einer dringlichen Entscheidung im Zusammenhang mit der Bezahlung von fälligen Rechnungen des Grand Départs in Höhe von 1,5 Mio Euro abgelehnt.

Personalien

Der Rat wählte

- Dipl.-Ing. Hartmut Nuxoll, Dipl.-Ing. Christian Speckmaier und Dipl.-Ing. Andreas Wedemeier erneut in den Gutachterausschuss;
- Ausschuss für anzeigepflichtige Entlassungen bei der Agentur für Arbeit Düsseldorf
- -Ersatzbestellungen von Mitgliedern-
- in den Ausschuss für anzeigepflichtige Entlassungen bei der Arbeitsagentur Ulf Fischer (1. stellvertretender Leiter des Hauptamtes) als ordentliches Mitglied sowie Kerstin Heiden (2. stellvertretende Leiterin des Hauptamtes) und Volker Querchfeld (stellvertretender Leiter der Abt. Personalwirtschaft und Ausbildung im Hauptamt) als stellvertretende Mitglieder;
- Thomas Loosen (Leiter des Umweltamtes) zum ordentlichen Mitglied in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Erholungsgebiet Unterbacher See;
- Für den in den Landtag gewählten Rainer Matheisen (FDP) Christine Rachner in den Aufsichtsrat der Zukunftswerkstadt, Dr. Dominik Fanatico in die Lenkungs-

- gruppe der Lokalen Agenda 21;
- Elke Chladek zum stellvertretenden beratenden Mitglied für die katholische Kirche in den Schulausschuss.

Schulorganisatorische Maßnahmen

Der Rat beschloss einstimmig,

- die Erhöhung um jeweils einen Zug an der Thomas-Schule, Kath. Grundschule Blumenthalstraße 11 durch einen Erweiterungsbau (ab 2020/21), der St. Rochus-Schule, Kath. Grundschule Gneisenastr. 60 (ab 2021/22) nach Freizug des Dependance des Max-Weber-Berufskollegs), der Gemeinschaftsgrundschule Rolandstr. 40 durch einen Erweiterungsbau (ab 2021/22), der Sternwartschule, Gemeinschaftsgrundschule Im Dahlacker 15 (ab 2020/21);
- die Planung einer dreizügigen Grundschule am Standort Heerstr. 18/18a (Herrichtung der Räume des Berufskollegs) zum Schuljahr 2022/23;
- die Einrichtung eines Teilstandortes auf dem Grundstück Elisabethstraße und Erhöhung der Zügigkeit um 1,5 Züge an der Realschule Florastr. 69;
- die Erhöhung um einen Zug an der Carl-Benz-Realschule, Lewitstr. 2 durch einen Erweiterungsbau nebst Einfach-Sporthalle;
- die Errichtung einer dreizügigen Realschule nebst Dreifach-Sporthalle und Mensa am Standort Herdecker Straße 1 ab 1.8.2022,
- den Ausbau des Geschwister-Scholl-Gymnsaium, Redinghovenstr. 41 zu einem fünfzügigem Gymnasium durch Neubau einer Mensa und Produktionsküche(zugleich auch für die Hulda-Pankok-Gesamtschule), eines Gymnastikraumes und Herrichtung und Umorganisation einzelner Räumlichkeiten im Bestand;
- die Erhöhung um einen Zug am Lessing-Gymnasium, Ellerstr. 84/94 durch Herrichtung und Umorganisation am Standort;
- die Auflösung der Dependance des Max-Weber-Berufskollegs am Standort Gneisenastr. 60 zum Schuljahr 2021/22 und Errichtung eines Erweiterungsbaus am Hauptstandort Suitbertusstr. 163-165. Hierbei soll geprüft werden, ob dort auch Schulraum als Ersatz für die Dependance des Walter-Eucken-Berufskollegs am Schulstandort Adlerstraße geschaffen werden kann.
- Auflösung der Dependance des Heinrich-Hertz-Berufskolles am Standort Heerstr. 18/18a und Verlagerung an den Hauptstandort Redinghovenstr. 16 (Ersatz- und Erweiterungsbau ist im Bau), Herrichtung diverser Fachräume im Bestand zur multifunktionalen Nutzung bis 2019/20
- Franz-Jürgens-Berufskolleg, Färberstr. 134, Herrichtung einer Dependance an der Heerstr. 18/18a für die Dauer der baulichen Maßnahme an der jetzigen Dependance Redinghovenstr. 20. Anschließend Herrichtung
- Umbau der Toilettenanlage zu weiteren Unterrichtsräumen an der Mosaikschule, Förderschule mit Schwerpunkt Geistige Entwicklung, Am Massenberger Kamp

Der Rat beauftragte die Verwaltung mit der Vorlage der erforderlichen Ausführungs- und Finanzierungsbeschlüsse und stellte für Sofortmaßnahmen 2 Mio Euro und für Planungsleistungen 4 Mio Euro zur Verfügung.

Die Maßnahmen St. Rochus-Schule, Heerstraße 18/18a, Carl-Benz-Realschule, Max-Weber-Berufskolleg Suitbertusstr. 165/Gneisenastr. 60, Sanierung oder Neubau Redinghovenstr. 20 sollen durch die IPM Immobilien Projektmanagement GmbH durchgeführt werden.

Investitionen

Der Rat beschloss einstimmig, die Planung durchzuführen und die Kostenberechnung zu erstellen:

- **Dieter-Forte-Gesamtschule**, Heidelberger Str. 75, Sanierung Mensadach und Innenbereich mit vorläufigen Gesamtkosten von 1,1 Mio Euro, Baubeginn soll im 1. Quartal 2019 sein.

Der Rat beschloss einstimmig die Ausführung und Finanzierung des folgenden Projektes und genehmigte einen entsprechenden Dringlichkeitsbeschluss:

- Funktionsgebäude in modularer Fertigbauweise auf dem städt. Grundstück des **TSV Urdenbach** mit Gesamtkosten von brutto 1,9 Mio Euro (netto 1,6 Mio Euro). Errichtet wird eine Gymnastikhalle mit Umkleiden, Duschen und Büros. 0,6 Mio Euro stehen aus dem Haushalt 2017 für Planungsleistungen und Auftragsvergaben vor Baubeginn (1. Quartal 2018) zur Verfügung, weitere 0,6 Mio Euro sind bereits für 2018 eingeplant, weitere 0,7 Mio werden zusätzlich für 2018 angemeldet, Fertigstellung im 4. Quartal 2018 ;

Der Rat beschloss gegen jeweils eine Stimme der Linken und der AfD einen Zuschuss an **Fortuna Düsseldorf 1895** e.V. in Höhe von 1,9 Mio Euro zu den Gesamtkosten von 7 Mio Euro für den Bau eines zweigeschossigen Nachwuchsleistungszentrums am Flingerbroich nebst 58 Stellplätzen in einer offenen Tiefgarage auf dem Gelände des aufgelösten SC Flingern und genehmigte einen entsprechenden Dringlichkeitsbeschluss. Die 2300 qm Nutzfläche beinhalten eine Cafeteria mit dem Schwerpunkt gesunde Ernährung. Für Schulsport wird es vier separate Umkleidekabinen für jeweils bis zu 35 Personen geben. Die Zusammenarbeit mit Schulen im Rahmen des Ganztags soll ausgebaut und eine Fußballschule für Mädchen eingerichtet werden. Die entsprechenden Haushaltsmittel sollen 2018 bereitgestellt werden.

An dieser Stelle eine persönliche Bemerkung. Die Debatte um die Mehrkosten des Grand Départs bei Anerkennung der Tagesordnung, beim Bericht aus der Kleinen Kommission und beim Dringlichkeitsbeschluss, durch den Oberbürgermeister Geisel und ich 1,5 Mio Euro für die Bezahlung fälliger Rechnungen freigegeben hatten, hat Züge angenommen, die ich in meiner langjährigen Ratstätigkeit noch nicht erlebt habe. Dies bestätigt meine Auffassung, dass durch den seit einiger Zeit eingerichteten Live-Stream die Redekultur erheblich leidet. Hinzukommt, dass die Sitzungsleitung, wenn sie nicht durch den Oberbürgermeister erfolgt, nicht eingreift, wenn Ehr verletzende Äußerungen fallen und Zwischenrufe in Brüllerei ausarten. Ich bleibe bei meiner Entscheidung, der Live-Übertragung meiner Redebeiträge nicht zuzustimmen.

Während der langen Sitzung kann die Aufmerksamkeit schon mal etwas nachlassen. Deshalb können mir durchaus Fehler unterlaufen, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen. Insofern darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen.

Mit freundlichen Grüßen
Helga Leibauer

V.i.S.d.P.: Helga Leibauer, Am Pesch 28, 40625 Düsseldorf, Tel.: 0211 – 29 82 20,
Email: helgaleibauer@arcor.de